

## AKTUELLE ZAHLEN

## München: Inzidenz bei 78,0

Die Gesundheitsämter haben dem Robert-Koch-Institut (RKI) bundesweit 6125 neue Corona-Fälle binnen 24 Stunden übermittelt, wie das RKI am Dienstag mitteilte. Die Zahl der Todesfälle stieg um 283. Seit Beginn der Pandemie wurden 3533376 Infektionen gezählt. Gestorben sind an oder mit Sars-CoV-2 insgesamt 85112 Patienten. Als genesen gelten 3196900 Menschen.

In Bayern sind bis Dienstag Morgen 616019 Menschen positiv getestet worden. Ge-

storben sind laut Landesamt für Gesundheit 14472 Infizierte. Die Zahl der Genesenen liegt bei 559080.

In München wurden vom Gesundheitsreferat für Montag 78 neue Corona-Fälle und vier weitere Todesopfer gemeldet. Insgesamt sind in der Landeshauptstadt damit nun 70153 Ansteckungen bestätigt. Von den Betroffenen gelten 65828 als wieder genesen. 1206 Patienten sind gestorben. Die Sieben-Tage-Inzidenz für München sinkt damit laut RKI von 84,9 auf 78,0.

## POLITIK kompakt

## Lehrer leiden unter Corona-Frust

**BERLIN** Viele Lehrer bekommen einer Umfrage zufolge den geballten Frust über Corona-Maßnahmen und die Lage an den Schulen ab. Die Bildungsgewerkschaft VBE veröffentlichte am Dienstag die Ergebnisse einer repräsentativen Forsa-Befragung unter 1500 Lehrkräften. 22 Prozent gaben daran an, dass ihnen an der eigenen Schule Beschimpfungen, Drohungen oder Beleidigungen von Lehrkräften im „Zusammenhang mit der Durchsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen“ bekannt sind. Von Beschimpfungen und Drohungen über Mail oder Chat berichteten 25 Prozent. Rund sieben Prozent gaben an, persönlich von Vorfällen betroffen gewesen zu sein. Zum größten Teil (84 und 87 Prozent) gingen die Angriffe demnach von Eltern aus.

## Strafen für Missbrauch-Anleitung

**BERLIN** Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) will Anleitungen zum sexuellen Missbrauch von Kindern zur Straftat machen. Einen entsprechenden Entwurf soll das Kabinett am Mittwoch beschließen. Demnach drohen Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren, wenn man Anleitungen, die bei anderen die Bereitschaft zum Kindesmissbrauch fördern, öffentlich verbreitet. Auch wer Missbrauchsanleitungen besitzt oder runterlädt, muss mit Haftstrafen von bis zu zwei Jahren rechnen. Ebenso will Lambrecht verhetzende Beleidigungen etwa von Juden, Muslimen, aber auch Menschen mit Behinderung oder Homosexuellen gesetzlich unter Strafe stellen.

## Fall Neubauer: Felix Klein warnt

**BERLIN** Angesichts der Vorwürfe von Klimaschutzaktivistin Luisa Neubauer hat der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung vor pauschalen Vorwürfen der Judenfeindlichkeit gewarnt. Klein sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ): „Der Antisemitismus-Vorwurf ist ein scharfes Schwert und erfordert klare und eindeutige Belege.“



Neubauer. F: dpa

Wer diesen Vorwurf anführt, sollte sich seiner Verantwortung für die deutsche Geschichte bewusst sein.“ Die bei „Fridays for Future“ engagierte Luisa Neubauer hatte den früheren Verfassungsschutzpräsidenten und heutigen CDU-Rechtsausleger Hans-Georg Maaßen bezichtigt, Inhalte antisemitischer Blogs zu verbreiten, ohne einen Beleg zu liefern.

## Abkehr von Inzidenz gefordert

**MÜNCHEN** Der parlamentarische Geschäftsführer der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, Fabian Mehring, drängt darauf, neben dem Inzidenzwert noch andere Kriterien für die Corona-Infektionsschutzmaßnahmen heranzuziehen. In einem Schreiben an Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) erinnerte er nun an einen Dringlichkeitsantrag der Regierungsfractionen, der die Staatsregierung auffordert, weitere Indikatoren zu prüfen. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt gekommen, um den mit diesem Auftrag verbundenen „Strategiewechsel“ vorzubereiten, schrieb Mehring.

## FRANZISKA GIFFEY

## Dokortitel ade?

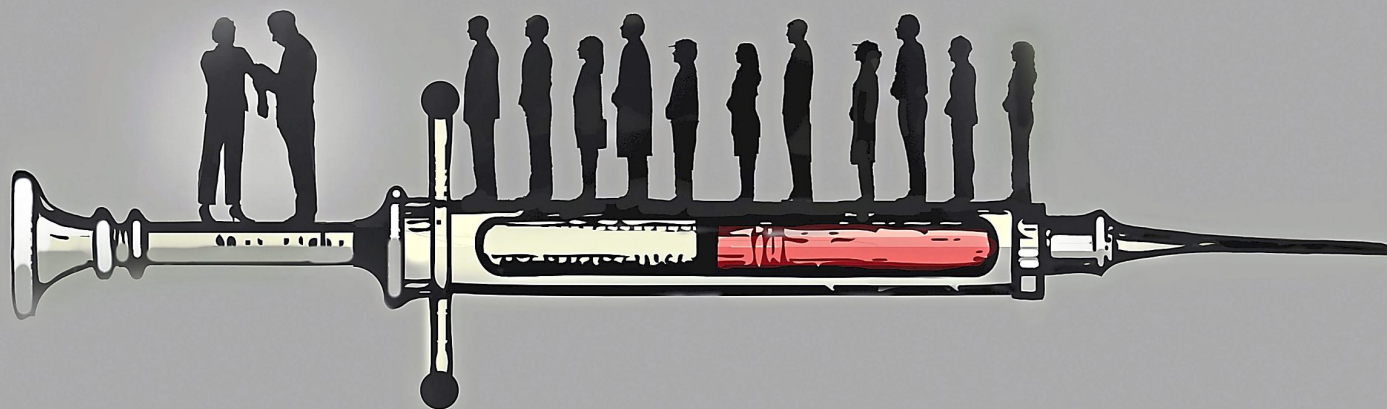
Einem Bericht des „Business Insider“ zufolge steht Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) kurz vor dem Verlust ihres Dokortitels. Wie das Magazin unter Berufung auf Kreise der Freien Universität (FU) Berlin schreibt, soll sich die Prüfungskommission der FU für die Aberkennung ausgesprochen haben. Im Herbst 2019 hatte die FU Giffey nach Plagiatsvorwürfen wegen Mängeln in ihrer Dissertation eine Rüge erteilt, ihr aber den Dokortitel nicht entzo-



Franziska Giffey (SPD). F: dpa

gen (AZ berichtete). Nach Kritik prüfte die FU erneut. Die Universität teilte gestern lediglich mit, es stehe noch nicht fest, wann das Prüfverfahren abgeschlossen ist.

## Keine Lust auf Warteschlange



Immer mehr Impfzentren berichten von Vordränglern, die sich mit fiesen Tricks die begehrte Corona-Spritze erschleichen wollen. Auch in München ist das Problem akut. Nun werden Rufe nach Sanktionen lauter

Im Münchner Impfzentrum Riem werden laut Gesundheitsreferat täglich 25 bis 50 Trickssende erwischt.

Fotos: imago

Der Sommerurlaub naht, mehr Freiheiten gibt es auch: Angesichts zunehmender Versuche Impfwilliger, sich ungerechtfertigt eine vorzeitige Impfung zu verschaffen, wird der Ruf nach Strafen laut. „Zwar werden Tausende erwischt, aber es fehlt an Sanktionen“, sagte der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch. „Sich beim Impfen vorzudrängen, ist weiterhin keine Ordnungswidrigkeit.“

Viele Impfzentren klagen über Aggressivität von Impfwilligen und Versuchen, sich eine vorzeitige Impfung zu erschleichen. Das ARD-Politikmagazin „Report Mainz“ berichtete von mehreren tausend Fällen, bei denen sich die Betroffenen mit falschem Alter und Beruf im Impfzentrum angemeldet haben. In Hamburg wurden zuletzt 2000 Vordrängler pro Woche erwischt.

Die Recherchen zeigen auch, dass die Impfbetrüger sich oft als höher priorisierte Kontaktpersonen von Pflegebedürftigen oder Schwangeren ausgeben. Denn eine pflegebedürftige Person kann zwei Kontaktpersonen benennen, die vorrangig geimpft werden.

Brysch sagte: „Jetzt werden Vakzine freigegeben. Damit entsteht in den Impfzentren und bei den Hausärzten massiver Druck. Am Patientenschutztelefon erfahren wir von psychischen und physischen Drohgebärden.“

Das Gesundheitsreferat München berichtet auf AZ-Anfrage von 25 bis 50 Impf-Tricksern pro Tag – allein im Impfzentrum Riem.

Durch fehlerhafte Angaben, etwa zu Beruf, Vorerkrankungen und in selteneren Fällen auch zum Geburtsdatum würden sie sich eine höhere Priorisierungseinstufung erschleichen, so die Sprecherin.

## Vordrängler sorgen für längere Wartezeiten und stören den Ablauf

Mitarbeiter des Impfzentrums entlarven die Vordrängler dann beim Check-In: Vor Ort müssen geeignete Dokumente, die im Registrierungssystem BayIMCO hinterlegt

Gründe für die Impfpriorisierung belegen. Geprüft werden etwa „die Arbeitgeberbescheinigung, ärztliche Befunde, Gutachten, Bestätigungen oder auch den Ausweis bezüglich des Geburtsdatums“, teilt die Sprecherin weiter mit.

Können Personen entsprechende Nachweise nicht vorlegen, würden sie zunächst abgewiesen werden, bestätigt auch das Landratsamt München der AZ. Zahlen zu Vordränglern werden hier aber nicht erfasst.

Ein weiteres Problem: Die Aufklärung frisst Zeit. Durch die Falschangaben erhöhe sich der Aufwand vor Ort, so das Gesund-



Impfzentrum Riem in München.

heitsreferat. Diese Fälle würden „nicht zuletzt wegen der anschließenden Diskussionen mit den Abgewiesenen“ den Betriebsablauf stören. Zudem führen sie zu Wartezeiten für berechtigt Angemeldete.

Auch Markus Frühwein, Facharzt für Allgemein- und Reisemedizin kennt das Problem. Es sei bis jetzt in seiner Praxis in der Briener Straße allerdings noch kein all-

tägliches und eher selten: „Natürlich kommt es vor, dass jemand einen Termin bucht und vorher behauptet, er sei in der Prio 2“, sagt Frühwein der AZ. Dann stelle sich manchmal heraus, dass der Trickssende keiner Priorisierungsgruppe angehört – „und dann erzählt er noch von einer Urlaubsreise.“

Wenn die Falschinformation ans Licht komme, werde derjenige schlichtweg nicht geimpft. „Das geht einfach nicht“, so der Allgemeinmediziner. Anhand der Krankenversicherungskarte werde erkannt, wie alt jemand wirklich sei. Ob ein Attest jedoch gefälscht sei, könne er nicht kontrollieren, so der Arzt.

Leonie Meltzer, Christian Andresen

## MEINUNG

Torsten Henke

Der AZ-Korrespondent über Impf-Vordrängler. politik@az-muenchen.de



## Schlichtweg asozial

Nachdem sich zunächst Bürgermeister, Landräte und Kirchenfürsten beim Impfen gegen das Coronavirus vorgedrängt haben, sind es nun ganz normale Bürger, die sich einiges einfallen lassen, um den schützenden Piks zu bekommen, obwohl sie noch gar nicht an der Reihe sind. Nun, nachdem es Erleichterungen für vollständig Geimpfte gibt, und es auf den Sommerurlaub zugeht, werden es wohl noch mehr werden.

Dieses egoistische Verhalten ist schlichtweg asozial. Und es zeigt, dass es noch angebracht ist, die Priorisierung zumindest bei einigen Impfstoffen beizubehalten. Sonst haben Schwächere kaum mehr eine Chance, sich gegen all die Ellenbogen durchzusetzen.

## Impfungen für Kinder bis Ferienende

Diesen Zeithorizont bringt Jens Spahn nun ins Gespräch. In den USA geht es schneller voran

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hält es für möglich, dass bis zum Ende der Sommerferien den Zwölf- bis 18-Jährigen in Deutschland ein Impfangebot gemacht wird. Das hänge aber in erster Linie von der Zulassung der Impfstoffe für Jugendliche ab, sagte

Spahn am Dienstag im Deutschlandfunk. „Die europäische Arzneimittelbehörde hat ja gesagt, gerade heute, Ende Mai, Anfang Juni kann das – wenn nichts Unvorhergesehenes passiert – mit der Zulassung gelingen.“

Mit den Ländern sei vereinbart, dass die Impfungen für Jugendliche dann umgesetzt werden – etwa durch Reihen-

impfungen in Schulen oder durch Einladung in die Impfzentren. Bis zum Ende der Sommerferien könnten so alle Zwölf- bis 18-Jährigen ein Angebot bekommen und mindestens eine Impfung, idealerweise schon beide, erhalten, sagte Spahn. Dann könne auch der Schulbetrieb nach den Sommerferien wieder normaler beginnen. Die Länder wollen

innerhalb der nächsten drei Wochen Impfpläne für Jugendliche aufstellen.

Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat indessen den Corona-Impfstoff des Herstellers Biontech und seines US-Partners Pfizer schon für Kinder und Jugendliche im Alter von zwölf bis 15 Jahren zugelassen. Die bereits bestehende Notfallzulassung zur Verabreichung ab 16 Jahren sei entsprechend angepasst und erweitert worden, teilte die FDA mit.



Jens Spahn. Foto: dpa